

Anfrage

der Abg. Klubobfrau Mag.^a Berthold MBA und Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl an die Landesregierung
betreffend PFAS-Trinkwasseruntersuchungen zur Grenzwerteinhaltung ab 2026

Das Trinkwasser in Österreich unterliegt höchsten Standards und wird regelmäßig untersucht. Die Wasserqualität kann über <https://www.trinkwasserinfo.at/> abgerufen werden.

Seit einigen Jahren wird jedoch durch Untersuchungen immer evidenter, dass menschengemachte über 10.000 Industriechemikalien, die aufgrund ihrer wasser-, fett- und schmutzabweisenden Eigenschaften in zahlreichen Produkten zum Einsatz kommen (unter anderem in Feuerlöschschäume, Kochgeschirr, Textilien, Kosmetika, Arzneimittel, ...), sich in der Umwelt und damit auch in unserem Trinkwasser anreichern. Sie werden Per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen, kurz PFAS, genannt und sind gesundheitsgefährdend. Trifluoracetat (TFA), ein Stoff der PFAS-Gruppe, wurde jüngst in Mineralwässern nachgewiesen.

Mit der EU-Trinkwasserrichtlinie (Richtlinie (EU) 2020/2184) wurde die Untersuchung von PFAS in den Standardumfang der Trinkwasseranalyse aufgenommen. Bisher gab es noch keinen definierten Grenzwert. Ab Jänner 2026 wird es jedoch einen verbindlichen Grenzwert für die Summe von 20 PFAS-Einzelsubstanzen (PFAS20) geben, der voraussichtlich bei 0,1 µg/l liegt.

In Österreich wurden bereits PFAS-Kontaminationen im Trinkwasser festgestellt, unter anderem in Oberösterreich, wo stichprobenartige Untersuchungen zeigen, dass der zukünftige Grenzwert nicht überall eingehalten werden kann. Das Land Oberösterreich hat daher eine Fördermaßnahme eingeführt, um Wasserversorger bei der Untersuchung auf PFAS zu unterstützen. Öffentliche Wasserversorger - darunter kommunale Wasserversorger, Wasserverbände und Wassergenossenschaften - können eine [Unterstützung der Untersuchungskosten von bis zu € 170,- für eine Trinkwasseranalyse auf PFAS](#) erhalten. Ziel ist es, frühzeitig etwaige Belastungen zu identifizieren und den Wasserversorgern ausreichend Zeit zu geben, Maßnahmen zur Einhaltung der künftigen Grenzwerte zu ergreifen.

Im Bundesland Salzburg ist die Trinkwasserversorgung durch 73 Gemeinden und 554 Wassergenossenschaften sowie vier private Großversorger (darunter aber auch so große wie die Salzburg AG) sichergestellt. Im Wasserinformationssystem sind rund 4000 Einzelwasserversorgungsanlagen aufgelistet, insgesamt werden ca. 6500 große und kleine Quellen sowie ca. 700 Brunnen für Trinkwasserzwecke genutzt.

Es gibt bereits bekannte PFAS-Belastungen im Salzburger Grundwasser, unter anderem in der Umgebung des Flughafens Salzburg, die [Ergebnisse des Umweltmonitorings](#) liegen bereits vor. Trinkwasserquellen befinden sich nicht im Untersuchungsgebiet.

Angesichts der Risiken für die Trinkwasserversorgung stellt sich die Frage, welche Maßnahmen das Land Salzburg zur Unterstützung der Wassergenossenschaften und anderer öffentlichen Wasserversorger plant, insbesondere im Hinblick auf eine finanzielle Förderung der PFAS-Untersuchung.

In der [Beantwortung Nr. 214-BEA der Beilagen](#) einer GRÜNEN-Anfrage hat Landesrat DI Dr. Schwaiger in einer kurzen Einleitung darüber informiert, dass im Sondermessprogramm 2022 156 Messstellen landesweit beprobt worden sind und in 58 Grundwasserproben die Stoffgruppe geringfügigst nachgewiesen worden ist und an drei dieser Grundwassermessstellen wurden erhöhte Messwerte ermittelt worden sind. Weitere Fragen zu Trinkwasser-Überprüfungen auf PFAS-Belastungen und auch zu den Wassergenossenschaften wies er zurück. In Oberösterreich werden vergleichbare Fragestellungen sehr wohl von der fachlich zuständigen Wasserabteilung behandelt. Auch ein - in der Anfragebeantwortung erwähnter - Kompetenzaufbau zum Thema PFAS kann nicht erkannt werden: Beim letzten jährlichen Info-Tag Trinkwasser im Oktober 2024 war PFAS kein Thema ([Tagungsband](#)) und auch bei den [Regionaltreffen 2025](#) geht es um das wichtige Thema Ehrenamt, von PFAS ist nichts zu lesen.

Aus diesem Grund bringen wir die Anfrage nun an die gesamte Landesregierung ein, um eine ressortübergreifende Beantwortung sicherzustellen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten die

Anfrage:

1. Welche Maßnahmen wurden bisher - abseits des Umweltmonitorings zur Altlast am Flughafen - vom Land ergriffen, um sicherzustellen, dass die Belastung des Salzburger Trinkwassers mit PFAS überprüft und ggf. reduziert wird, um den EU-Grenzwert ab Jänner 2026 einzuhalten?
2. In der Anfragebeantwortung Nr. 214-BEA der Beilagen wurde informiert, dass beim Sondermessprogramm 2022 in 58 Grundwasserproben die PFAS-Stoffgruppe geringfügigst nachgewiesen worden ist und an drei dieser Grundwassermessstellen erhöhte Messwerte ermittelt worden sind. An welchen 58 Grundwasserproben wurde PFAS in welcher Höhe geringfügigst nachgewiesen und an welchen drei Grundwasserstellen wurden welche erhöhten Werte nachgewiesen? (Bitte um Auflistung der Grundwasserstellen, konkrete Lage, Höhe des PFAS-Messergebnisses)
3. Gibt es Kenntnis darüber, dass die Wassergenossenschaften in Salzburg ihr Trinkwasser auf PFAS untersuchen, damit der EU-Grenzwert ab Jänner 2026 eingehalten werden kann?

- 3.1. Wenn ja, welche Maßnahmen setzen die Wassergenossenschaften?
- 3.2. Wenn nein, warum werden keine Maßnahmen gesetzt, wenn mit Jänner 2026 ein EU-Grenzwert eingehalten werden muss?
4. Welche konkreten Schritte unternimmt das Land, um die Wassergenossenschaften über die Risiken von PFAS im Trinkwasser zu informieren, bei der Implementierung von Überwachungsmaßnahmen und ggf. bei der Reduzierung der PFAS-Belastung zu unterstützen?
5. Gibt es finanzielle Unterstützungen des Landes für Wassergenossenschaften in Salzburg für die Überprüfung des Trinkwassers auf PFAS?
 - 5.1. Wenn ja, in welcher Höhe und wie lauten die Förderkriterien?
 - 5.2. Wenn nein, sind ähnliche Förderprogramme wie in Oberösterreich geplant, um die Wassergenossenschaften in Salzburg bei der Trinkwasserüberprüfung auf PFAS finanziell zu unterstützen?

Salzburg, am 8. April 2025

Mag.^a Berthold MBA eh.

Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl eh.